

Wer soll öffentliche Kanalisationen bezahlen?

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Vermessung, Kulturtechnik und Photogrammetrie = Revue technique suisse des mensurations, du génie rural et de la photogrammétrie**

Band (Jahr): **69 (1971)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-224345>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Systemes dépendant des collectivités locales. C'est le tarif binôme qui est appliqué tel que le terme fixe puisse couvrir l'ensemble des charges fixes de l'Association (frais financiers, charges d'entretien) et que le terme proportionnel soit lié à la consommation d'eau comme les charges proportionnelles.

Sociétés d'Aménagement régional. Recherche de conciliation de deux impératifs contradictoires:

- prise en considération du fournisseur d'eau: tarif binôme avec terme fixe élevé;
- prise en considération de l'utilisateur dont la rédevance doit être compatible avec le résultat dû à l'arrosage, point de vue qui incite au tarif monome.

Vulgarisation. Assistance technique

Un rapport de la C.A.C.G. (Compagnie d'Aménagement des Coteaux de Gascogne) présente les conceptions de la vulgarisation sous deux formes:

- Mise à la disposition des agriculteurs de conseillers agricoles permettant d'élever le niveau technique des agriculteurs.
- Conseil individuel (surtout en irrigation) axé sur l'information en matière de tarification, de matériel d'aspersion et des résultats économiques à escompter de l'irrigation. Ce conseil s'appuie sur l'existence d'études pédologiques détaillées et d'une organisation d'avertissement pour l'irrigation.

Wer soll öffentliche Kanalisationen bezahlen?

Kanalisationen kosten leider viel Geld. Das ist allgemein bekannt. Um welche Beträge es gehen kann, mag an einem einzigen Beispiel dargelegt werden. Eine in einem flachen Teil des Mittellandes gelegene Gemeinde muß für die Erschließung eines Gebietes von 370 000 m² durch Kanalisationen mit einem Aufwand von 6 Millionen Franken rechnen. Das macht pro Quadratmeter Boden mehr als 16 Franken aus! Es versteht sich wohl, daß in einem solchen Falle die Stunde geschlagen hat, um zu überlegen, wer für diese 6 Millionen Franken aufzukommen hat. Gewiß, die Gemeinde muß die Kanalisation aus dem eigenen Sack berappen. Soll sie aber den gesamten Betrag durch Steuern aller Einwohner aufbringen, oder soll sie die Grundeigentümer, für deren Land durch die Kanalisationen eindeutig ein Vorteil entsteht, für die dadurch entstehenden Kosten ganz oder teilweise belangen?

Rechtlich ist es ohne weiteres zulässig, von den Grundeigentümern einerseits Beiträge im Sinne einer Vorzugslast und andererseits Anschlußgebühren zu erheben, wenn dafür die entsprechenden Vorschriften vorhanden sind. Darüber orientiert die Broschüre «Grundeigentümerbeiträge

an Straßen, Abwasseranlagen und Wasserversorgungen», die kürzlich von der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung herausgegeben worden ist. Zudem bestätigte das Bundesgericht am 3. Mai 1967 in seinem Entscheid in Sachen Haus- und Grundeigentümergeverband Luzern und Mitbeteiligte gegen Einwohnergemeinde Luzern und Regierungsrat des Kantons Luzern, daß ein Beitrag im Sinne einer Vorzugslast jenen Personen auferlegt werden darf, denen aus einer Einrichtung – es handelte sich im Falle von Luzern um eine öffentliche Sammelreinigungsanlage – wirtschaftliche Sondervorteile erwachsen (vgl. BGE 93 I 113). Politisch hält es aber oft schwer, Reglemente zu erlassen, die die Beiträge der Grundeigentümer und die Anschlußgebühren an die Kanalisation den hohen Erstellungskosten entsprechend festlegen. Selbst in jenen Gemeinden, in denen bisher wenigstens Anschlußgebühren erhoben wurden, war deren Ansatz in der Regel allein nach der politischen Realisierbarkeit, ohne Rücksicht auf die der Gemeinde verbleibenden Kosten, bestimmt worden. Es ist daher verständlich, daß ein Gemeinderat ausgerechnet hatte, bei einer weitgehenden Belastung der Grundeigentümer müßte für Dreizimmerwohnungen in einem Wohnblock der Mietzins monatlich um 6 Franken erhöht werden. Dieser Gemeinderat ging von der Annahme aus, die Grundeigentümerbeiträge und Kanalisationsanschlußgebühren würden im vollen Umfange auf die Mieter überwältzt werden. Ein anderer Gemeinderat bezweifelte die Schlüssigkeit der Rechnung. Nach seiner Meinung würde die Gemeinde bei hohen Abgaben der Grundeigentümer in die Lage versetzt, in einer kürzeren Zeit wesentlich mehr Kanalisationsleitungen in den Boden zu verlegen. Wahrscheinlich lasse sich damit das Angebot an Boden steigern. Der Grundeigentümer werde daher vermutlich die Beiträge, die er der Gemeinde zu entrichten habe, nicht dem Landpreis hinzurechnen können. Die Mieter würden daher durch hohe Abgaben der Grundeigentümer für die Kanalisation nicht oder nicht wesentlich belastet werden. In der Regel wird diese Argumentation zutreffen. Auf jeden Fall aber ist es wichtig, daß die Gemeinden in Kenntnis der Kosten, die sie für die Kanalisationen und Sammelkläranlagen in den nächsten Jahren aufzubringen haben, bestimmen, in welchem Ausmaß sie die Grundeigentümer belasten wollen. Nur bei einer sorgfältigen Vorbereitung der finanziellen Bestimmungen der Kanalisationsreglemente sind die Bürger in der Lage, einen Entscheid zu treffen, dessen Folgen sie überblicken können.

VLP